

Freiheit und Eigenverantwortung

Crowdsourcing

eine Gefahr für die Anleger oder eine dringend notwendige Ergänzung?

von Klaus Gabriel



Foto: Esther Stosch, pixelto.de

Wer sich mit den vielfältigen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit beschäftigt weiß, dass es in Bezug auf die Art und Weise, wie wir unsere wirtschaftlichen Prozesse organisieren, einen großen Veränderungs- und Handlungsbedarf gibt.

Und tatsächlich gibt es zahlreiche Ideen und Impulse für konkrete Vorhaben mit hoher sozialer, kultureller und ökologischer Wirkkraft: Projekte im Bildungs-, Sozial- oder erneuerbaren Energiebereich etwa, die sich hoher Zustimmung erfreuen, die aber daran scheitern, dass ein wesentlicher Faktor für deren Realisierung fehlt: die Finanzierung.

Am Geld alleine kann es nicht liegen: es ist in großen Mengen vorhanden, in Investment-Kreisen spricht man sogar von „Anlagenotstand“, weil – auch angesichts des aktuell niedrigen Zinsniveaus und der vielen offenen Fragen vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise – Investorinnen und Investoren händeringend nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen. Dazu kommt, dass immer mehr Menschen bei ihrer Geldanlage darauf achten, dass dabei auch sozial und ökologisch sinnstiftende Maßnahmen finanziert werden. An sich sind das günstige Voraussetzungen für Akteure, die neue Tätigkeitsfelder mit sozialer Verantwortung und ökologischem Weitblick erschließen wollen.

In einer solchen Situation spielen traditionellerweise Finanzintermediäre wie Banken eine wichtige Rolle: sie vermitteln Kapital zwischen jenen, die es haben und jenen, die es brauchen. Darüber hinaus prüfen sie die Wirtschaftlichkeit der zu finanzierenden Projekte, weil es ja auch darum geht, dass das heute investierte Geld morgen wieder zurückbezahlt werden soll. Weil aber in der jüngeren Vergangenheit viele Banken in Schieflage gerieten, indem sie bei ihren Kreditvergaben nicht immer eine glückliche Hand bewiesen, sind sie nun von den Aufsichts- und Regulierungsbehörden angehalten, Risiken in einem stärkeren Ausmaß als bisher zu vermeiden. Das bedeutet, dass gerade bei neuen und innovativen Projekten, bei denen es wenig Erfahrungswerte in Bezug auf ihre Wirtschaftlichkeit gibt, eine restriktive Kreditpolitik vorherrscht. Das wiederum hat zur Folge, dass viele aus sozialer und ökologischer Sicht sinnvolle und wünschenswerte Projekte keine Finanzierung erhalten bzw. so hohe Risikoaufschläge bezahlen müssen, dass die Umsetzung an den zu hohen Finanzierungskosten scheitert.

Projektbetreiber gehen deshalb neue Wege und versuchen, Inves-

toren abseits der Kreditwirtschaft zu finden. Crowdsourcing ist eine alternative Form einer Zusammenführung von Kapitalgebern und Kapitalnehmern unter Umgehung eines Finanzintermediärs. Wie der Name schon andeutet geht es dabei darum, dass viele meist kleine Investoren als Geldgeber fungieren und Projekte direkt, also ohne Zwischenschaltung eines Vermittlers, finanzieren. Wenn die Geldgeber auf eine Rendite im klassischen Sinne (z. B. Zinsen oder Dividenden) verzichten oder stattdessen in anderer Form am Erfolg des Projekts Anteil haben (etwa durch Warengutscheine oder durch die Nutzung des hergestellten Produkts), spricht man von Crowdfunding. Übernehmen die Geldgeber Eigentumsanteile an den jeweiligen Unternehmen (etwa als Genossenschafter), spricht man von Crowdinvesting. In beiden Fällen erfolgt die Zusammenführung von Geldgebern und Geldnehmern direkt oder über dafür eingerichtete Plattformen, die jedoch in der Regel keine Wirtschaftlichkeitsprüfung der jeweiligen Projekte vornehmen. Die Abschätzung, ob das investierte Geld auch wieder rückgeführt werden kann, obliegt damit den Geldgebern alleine.

Diese Abwälzung des Investitionsrisikos auf die Geldgeber ist auch der Kern der aktuellen Diskussion bezüglich der Erwünschtheit und Legitimität alternativer Finanzierungsformen wie Crowdfunding und Crowdinvesting. Einerseits – so argumentieren vor allem Anlegerschützer – wird damit der Täuschung von Anlegern, welche die Risiken einer solchen alternativen Finanzierung gar nicht abschätzen können, Tür und Tor geöffnet. Während Anleger bei einem Sparbuch etwa über eine gesetzliche Einlagensicherung verfügen und Banken die Risiken einer Finanzierung weit besser einschätzen können, verfügen Anleger bei alternativen Finanzierungsformen über deutlich weniger Schutz. Da die große Masse der Anleger weder

über die Kompetenzen noch über die Möglichkeiten verfügt, wirtschaftliche Risiken angemessen zu beurteilen, können sie leicht Opfer von hoch riskanten oder gar betrügerischen Beteiligungs- und Finanzierungsangeboten werden. Deshalb, so die Argumentation weiter, sei es zum Schutz der Anleger wichtig, die Finanzierung von Projekten jenen zu überlassen, die darin Erfahrung und Know-how haben: den etablierten und von der Finanzaufsicht kontrollierten Finanzintermediären. Dem gegenüber argumentieren Verfechter alternativer Finanzierungsformen, dass die Monopolisierung der Kapitalvermittlung bei Banken einer Entmündigung von Menschen gleichkommt, denen sowohl die Sinnhaftigkeit als auch die Risiken alternativer Finanzierungsformen durchaus bewusst sind. Gerade bei sozialen Projekten oder regionalen Initiativen kennen die Akteure einander oft seit vielen Jahren, weshalb die Wirtschaftlichkeit der zu finanzierenden Projekte durchaus beurteilbar ist und die Risiken abschätzbar sind. Darüber hinaus: gab es nicht in der Vergangenheit genügend Finanzskandale die belegen, dass die Risikobeurteilung bei Banken gar nicht so gut funktioniert, wie das allgemein unterstellt wird? Und überhaupt: mit welchem Recht maßt sich jemand an, mir vorschreiben zu wollen, wofür ich mein Geld ausbebe?

Tatsächlich prallen hier zwei berechnete Anliegen aufeinander: zum einen geht es um den Schutz von Anlegerinnen und Anlegern vor finanziellen Verlusten, insbesondere in Fällen, wo diese über lediglich kleine Ersparnisse und wenig wirtschaftliche Kompetenz verfügen. Zum anderen geht es um Freiheit und Eigenverantwortung: sowohl um die Freiheit von Unternehmen, neben klassischen Bankfinanzierungen auch alternative Finanzierungsformen nutzen zu können und Geldgeber ohne Zwischenschaltung von Finanzintermediären ansprechen zu dürfen,

als auch um die Freiheit von Investoren, mit dem eigenen Vermögen eigenverantwortlich tätig sein zu können und damit Ideen und Projekte zu unterstützen, die sonst nicht realisierbar sind.

Beide Seiten haben gute Gründe für ihre jeweiligen Positionen. Ein wirksamer Anlegerschutz erweist sich vor dem Hintergrund der Finanzskandale der letzten Jahre als unverzichtbar. Beispiele aus den letzten Jahren machen deutlich, wie Menschen in ihren finanziellen Angelegenheiten übervorteilt und ausgenutzt wurden – von Unternehmen mit gut klingenden Ideen, aber auch von Finanzintermediären wie Banken. Demgegenüber zeigen wiederum andere Beispiele, dass zahlreiche wertvolle und sinnstiftende Aktivitäten und Projekte, die keinen Zugang zu leistbaren Bankkrediten hatten, nur umgesetzt werden konnten, weil sie unorthodoxe und kreative Finanzierungsformen – wie eben Crowdfunding und Crowdfunding – genutzt haben, bei denen auch die Geldgeber sowohl hinsichtlich ihrer finanziellen als auch in Bezug auf ihre nicht-finanziellen Anlageziele zufrieden gestellt wurden.

Derzeit gibt es auf nationaler ebenso wie auf internationaler Ebene Bemühungen, diese beiden Anliegen – Anlegerschutz auf der einen und die Ermöglichung alternativer Finanzierungsmodelle auf der anderen Seite – miteinander zu versöhnen. Eine zentrale Herausforderung dabei wird es sein, diese Diskussion auf einer sachlichen Ebene, frei von Verharmlosung und Bevormundung zu führen. Denn eines ist klar: der internationale Trend – etwa die Eigenkapitalvorschriften nach Basel III – drängt Banken immer mehr dazu, bei Projektfinanzierungen auf der „sicheren“ Seite zu bleiben. Das bedeutet, dass es in Zukunft noch schwieriger sein wird, innovative Projekte, Geschäftsmodelle und Wirtschaftsweisen, die wichtige gesellschaftliche und ökologische

Impulse liefern und so zur dringend notwendigen „Wende“ in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beitragen können, auf klassischem Wege, also via Bankkredit, zu finanzieren. Gleichzeitig gibt es immer mehr Menschen, die einen Teil ihres Angesparten zur Realisierung solcher Projekte bereitstellen wollen, die sich der damit verbundenen Risiken durchaus bewusst sind und diese auch bereit sind zu tragen.

Tatsächlich brauchen wir beides: einen wirksamen Anlegerschutz und die Ermöglichung alternativer Finanzierungsmodelle. Diese beiden Anliegen gemeinsam zu verwirklichen, stellt sicherlich eine Herausforderung dar – was uns aber nicht davor abschrecken darf, weiter an Lösungen zu arbeiten.



Foto: Aleksandra Pambolj, Wien

Dr. Klaus Gabriel ist Sozial- und Wirtschaftsethiker und Geschäftsführer des Corporate Responsibility Interface Center (CRIC) e. V. in Frankfurt am Main. Nach einer zehnjährigen Tätigkeit als Bankkaufmann studierte er von 1996 bis 2002 Katholische Fachtheologie. Von 2002 bis 2011 war er Universitätsassistent am Institut für Sozialethik der Katholisch Theologischen Fakultät der Universität Wien mit Lehr- und Forschungsschwerpunkt auf den Gebieten Wirtschaftsethik, Nachhaltigkeit am Finanzmarkt und ethische Geldanlagen. 2007 erfolgte die Promotion zum Doktor der Theologie, das Dissertationsthema lautete: „Nachhaltigkeit am Finanzmarkt. Die individual- und sozialetische Bedeutung der nachhaltigen Geldanlage“. Von 2005 bis 2013 war er Mitglied der Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Dr. Gabriel ist Dozent an mehreren Hochschulen und Bildungseinrichtungen und an einigen Forschungsvorhaben beteiligt. Er berät Unternehmen und institutionelle Investoren in Fragen der Ethik und Nachhaltigkeit und ist in verschiedenen Ausschüssen und Fachgremien tätig. U.a. erschien von ihm das Buch „Das gute Geld“ (gemeinsam mit Markus Schlagnitweit, Tyrolia-Verlag 2009).

Weitere Infos:
<http://www.cric-online.org>